

Beschluss der 1. Tagung des 5. Landesparteitages DIE LINKE. Brandenburg
Templin, 5. und 6. März 2016
(Dieser Beschluss wird noch redaktionell überarbeitet.)

Mutig. Sozial. Nachhaltig. Entschlossen. DIE LINKE. Brandenburg

Antrag an den Landesparteitag zur Vorbereitung auf den Bundestagswahlkampf 2017

1. Die Welt ist im Wandel. Die bundespolitische Stimmung ist im Vergleich zu den Wahlkämpfen 2005, 2009 und 2013 grundlegend verändert. Die Reaktion auf die Agenda 2010 steht nicht mehr im Vordergrund der Auseinandersetzung, sondern die sozialen und ökologischen Folgen der Globalisierung und der Europapolitik auf das eigene Land. Seit 2008 dringen die Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrisen und die Verflechtung der Nationalstaaten in der Europäischen Union und in der Euro-Zone allmählich in das Alltagsbewusstsein ein. Dadurch entsteht zugleich ein Bewusstsein für die demokratischen Defizite bei den Entscheidungsprozessen in der EU.

In der Nachbarschaft der Europäischen Union gibt es Kriege und Konflikte, die ein hohes Eskalationspotenzial haben. Der Frieden erscheint zerbrechlicher denn je. Krieg, Terror und Flucht polarisieren die gesellschaftlichen Debatten. Die Fluchtbewegungen führen auch zu einer Diskussion über deren Ursachen. Klima- und Umweltkrisen sowie die Auswirkungen eines ungerechten globalen Freihandels gehören dazu. Die äußere Situation vermischt sich mit den europäischen Krisen. Dies bringt die EU zunehmend an die Grenzen der institutionellen Belastbarkeit und des bestehenden politischen Konsenses.

Der Gegensatz zeigt sich nicht nur durch zunehmend polarisierte gesellschaftspolitische Debatten, sondern immer deutlicher auch im Europäischen Rat. Einerseits werden nationalistische Regierungen gewählt, andererseits pro-europäische. Im Vereinten Königreich wird spätestens 2017 ein Referendum über den Verbleib in der EU durchgeführt. In Frankreich und Deutschland finden fast gleichzeitig Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. In der Euro-Krise wurde Frankreich durch Rating-Agenturen abgewertet, der Front National kriegt seit 2014 in Wahlen bis zu 30% der abgegebenen Stimmen.

Die in ihren Ursprüngen vornehmlich zwischen Frankreich und Westdeutschland horizontal angelegte Europäische Union wurde in den vergangenen Jahren mehr und mehr zu einer hierarchischen Union umgebaut, in der Deutschland den Takt vorgibt. Aus Sicht vieler Mitgliedsstaaten wird die »neue« Rolle Deutschlands kritisch als die Wiederkehr einer Großmachtstellung gesehen, weil die Bundesregierung auch zunehmend so nach außen auftritt. Noch nie seit dem zweiten Weltkrieg gab es so viele Auslandseinsätze der Bundeswehr wie heute. Für DIE LINKE bleibt es dabei, ein Militäreinsatz ist kein „Engagement“, sondern Kriegseinsatz.

Heute geht es im Streit um vermeintliche national abschottende Besitzstandswahrung versus globale und europäische Solidarität. Die Agenda 2010 ist eine Entsolidarisierung mit sozial Benachteiligten in Deutschland, die trotz Protestbewegung gesellschaftlich weitgehend akzeptiert wurde. Der Widerstand dagegen führte zur Gründung der LINKEN. Die solidarische Willkommenskultur für Geflüchtete wird hingegen durch große Teile der Gesellschaft unterstützt. Wir haben bei dem Protest gegen die Agenda 2010 an der Seite derjenigen gestanden, die von Entsolidarisierung betroffen waren. Wir stehen auch heute und morgen an der Seite derjenigen, die unter den sozialen und ökologischen Folgen von Krieg,

Gewalt und globalen Krisen leiden. DIE LINKE steht vor der Herausforderung, soziale und ökologische Fragen nicht national, sondern international zu beantworten. Unsere Verbündeten in diesen Kämpfen sind Menschen, die für eine soziale, emanzipative, nachhaltige und demokratische globale Entwicklung eintreten. Die mit Flüchtlingen solidarisch sind. Die pro-europäisch für eine soziale und ökologische Ausgleichspolitik eintreten. Die für eine gesunde Umwelt eintreten. Die in der Europäischen LINKEN und den Regierungen in Griechenland und Portugal für diese Ziele eintreten.

Ein viertel Jahrhundert nach der Deutschen Einheit bestehen die damals politisch gewollten Ungerechtigkeiten und Demütigungen als Ost-West-Gefälle fort. Dies zeigt sich in vielen Beispielen. Die Lohn- und Rentenungleichheit ist eine Abwertung von Lebensleistungen - auch bei der Erziehung von Kindern im geeinten Deutschland. Bei der Infrastrukturentwicklung wird der Osten inzwischen strukturell benachteiligt. In den vergangenen 25 Jahren hat sich Ostdeutschland ausdifferenziert und ist Bestandteil der Bundesrepublik geworden.

DIE LINKE kämpft als einzige Partei im Bundestag für eine Umverteilung von Oben nach Unten. Die schwarze Null der Bundesregierung ist kein politisches Projekt, sondern vorseilender Gehorsam gegenüber dem beschlossenen europäischen Fiskalpakt. Schon jetzt zeigt sich, dass die Aufgaben des Staates mit dieser Austeritätspolitik nicht bewältigt werden können. Die Verwaltung ist an den Grenzen ihrer Lastfähigkeit, die Infrastruktur ist löchrig und brüchig. Wenn 2019 zusätzlich die Schuldenbremse greift, wird dies verschärfende Folgen für Finanzen und Haushalte haben. DIE LINKE kämpft gegen die Austeritätspolitik. Sie stemmt sich gegen eine Bewältigung der Kosten der Kriege und Krisen zu Lasten der Sozial-, Gleichstellungs- und Umweltpolitik. DIE LINKE tritt für eine Sozialpolitik ein, die Geflüchtete und sozial Benachteiligte nicht gegeneinander ausspielt. Die Krisenverursachenden und -gewinnenden sollen für die Folgen bezahlen.

DIE LINKE streitet für einen sozial-ökologischen Umbau und für eine Stärkung der Frauen in der Gesellschaft. In diesem Sinne werden wir in den verbliebenen Monaten bis zur Bundestagswahl die Verhältnisse erfolgreich mitgestalten. In Brandenburg. In Deutschland und in Europa.

Die genannten Prozesse führen zu gravierenden Veränderungen in Gesellschaft, Kultur und Politik. Alle Parteien sind gezwungen, darauf zu reagieren. Die CDU verändert viele Positionen (Atomausstieg, Aufhebung der Wehrpflicht, Rente mit 63, Mindestlohn, Offene Grenzen für Geflüchtete) und ihre Politik gegen massiven inneren Widerspruch neu. 2017 wird sich entscheiden, ob die Union weiterhin 40% oder mehr bekommt, denn durch die politische Verschiebung fühlen sich viele Stimmen, die bisher Union gewählt haben, nicht mehr von ihr vertreten. Seit 2013 versucht die AfD, diese Wahlberechtigten an sich zu binden. Aber sie überschreitet die Grenzen zwischen erzkonservativen und neofaschistischen Ansichten und fällt damit aus dem demokratischen Konsens.

Die SPD ist orientierungslos. Sie hat mit der Agenda-Politik ihre sozialpolitische Identität beschädigt und ist von weiterer Erosion bedroht. Die Bedrohung kanalisiert sich in einer personellen Führungskrise. Bündnis90/Die Grünen schwanken in ihrer Selbstbestimmung zwischen dem gefühlten Erbe als linke Partei und der strategischen Neuausrichtung als ökologisch-bürgerliche FDP. DIE LINKE bleibt ihrem sozial-ökologischen und emanzipatorischen Selbstverständnis treu und steht vor der Aufgabe, zeitgemäße soziale und politische Antworten zu geben.

Das in einer Zeit solch tiefgreifendem Wandels viele Wähler_innen unentschlossen und unsicher sind, ob oder wen sie wählen, überrascht uns nicht. Wir wollen ihre Lebenswirklichkeit und Interessen

erfassen und die eigene Politik dahingehend überprüfen, dass wieder mehr Menschen zur Wahl gehen und davon möglichst viele DIE LINKE wählen.

2. DIE LINKE. im Bund und in Brandenburg ist eine 2007 neu gegründete Partei. Sie steht in der Tradition der Arbeiter-, Frauen und Friedensbewegung. Sie blickt auf mehr als 150 Jahren zurück. In dieser Zeit gab es gerade in der parteipolitisch organisierten Arbeiterbewegung viele Spaltungen, Wandlungen, Ergänzungen und teilweise schmerzhafte Brüche. Sie steht heute vor der Aufgabe, ihre eigene geschichtliche Spaltung im 20. Jahrhundert in Ost und West zu überwinden und für die Gegenwart neu zu profilieren.

Diese Arbeit wurde seit 1990 von Menschen getragen, die demokratisch-sozialistische Politik unter schwierigen Umständen behauptet haben. Sie wurden oftmals noch in den letzten Jahren des zweiten Weltkriegs geboren und standen vor den Trümmern, die ihnen die Generationen der Eltern und Großeltern hinterlassen haben. Der Rückzug von Gregor Gysi vom Fraktionsvorsitz steht symbolisch für eine ganze Generation, die sich in den nächsten Jahren Schritt für Schritt aus dem aktiven politischen Leben zurückziehen wird. Ihre Lebensleistungen nehmen wir ebenso mit Respekt zur Kenntnis, wie den Umbruch, der damit für die Partei einhergeht. Die PDS, die WASG und DIE LINKE haben viel erreicht. Die aktuelle Aufgabe besteht jetzt insbesondere darin, die junge Generation für die Partei zu mobilisieren und einzubinden. Nur das kann uns die Kraft für die notwendigen Veränderungen in der Gesellschaft geben und der LINKEN eine Zukunft.

Seit 1989 ist eine neue Generation herangewachsen, 2017 dürfen die Kinder erstmals wählen, die 1999 geboren sind. Sie kennen den Kalten Krieg und den global geführten Klassenkampf - wenn sie sich überhaupt für Politik interessieren - nur noch aus Erzählungen und Geschichtsbüchern. Als der Euro eingeführt wurde, waren sie drei Jahre alt. Social Media ist Bestandteil ihrer Kinderstube. In der sich stetig digitalisierenden Welt drängen sie auf die Plätze der mittleren Generation und knüpfen eigene Netzwerke. Damit einher geht eine Beschleunigung der Lebens- und Arbeitswelten. Im digitalen Zeitalter wird in Echtzeit kommuniziert, Politik findet in Echtzeit statt - die Lücke zwischen denen, die Schritt halten und denen, die diesen Wandel nicht mitvollziehen können oder wollen wächst. Wir wollen dazwischen vermitteln und diese Lücke schließen.

DIE LINKE ist im derzeitigen Bundestag die stärkste Oppositionsfraktion und steht für eine politische Tradition, in der die Menschen sich aufgemacht haben, soziale Gerechtigkeit, Rechte von Frauen, politische und wirtschaftliche Teilhabe zu erstreiten und für den Erhalt unserer natürlichen Lebensbedingungen einzutreten. DIE LINKE hat auf ihren eigenen Verstand und ihre eigene Urteilskraft vertraut. Der Weg, den sie zurückgelegt hat, zeigt, es kann erfolgreich sein. In Sachsen-Anhalt hat die PDS eine Regierung toleriert. In Mecklenburg-Vorpommern, in Berlin und Brandenburg war oder ist DIE LINKE in Regierungsverantwortung. In Thüringen stellt DIE LINKE erstmals den Ministerpräsidenten. DIE LINKE ist heute in allen Ländern der Bundesrepublik eine anerkannte politische Kraft. Das wollen wir weiter ausbauen.

Die LINKE. Brandenburg und ihr neuer Landesvorstand stehen vor der Aufgabe, in turbulenten, unsicheren Zeiten einen erfolgreichen linken Wahlkampf zu organisieren. Es geht um eine starke LINKE in den Kommunen, im Land, in Deutschland und in Europa. Es geht um die rote Handschrift in Brandenburg. Es geht in Ostdeutschland darum, den Anspruch der LINKEN zu verteidigen, Volkspartei zu sein. Der Kampf dafür beginnt jetzt!

In den kommenden Monaten liegen bundesweit Kommunal- und Landtagswahlen vor uns. Die Wahlergebnisse und die folgenden Regierungsbildungen werden die politische Stimmung für die Bundestagswahl 2017 beeinflussen. Auch Brandenburg. Für DIE LINKE. Brandenburg ist die Bundestagswahl der erste Stimmungstest seit 2014 und gleichzeitig Auftakt in den nächsten Wahlzyklus.

DIE LINKE kämpft 2016/2017 für einen starken Einzug in acht Landesparlamente und für ein starkes Ergebnis in den beiden Kommunalwahlen. Ein gutes Ergebnis in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin könnte DIE LINKE erneut in Regierungsverantwortung bringen. Dies würde unser Gewicht im Bundesrat und in der Bundesversammlung stärken. DIE LINKE. Brandenburg unterstützt alle wahlkämpfenden Landesverbände in ihrem Kampf für eine offene, soziale-ökologische und emanzipative Gesellschaft.

Bei den Landtagswahlen 2014/2015 ist die AfD in fünf Landtage eingezogen. Aus Wahlen in EU-Mitgliedsstaaten wissen wir: Eine LINKE, die es der reaktionären Rechten unwidersprochen durchgehen lässt, soziale Themen nationalistisch zu besetzen und rassistisch aufzuladen, geht mit einem schlechten Ergebnis nach Hause. Es ist die Aufgabe der LINKEN, dass die sozialen Themen links und das heißt internationalistisch und europäisch behandelt werden. Sozial geht nicht national. Die Grenzen verlaufen weder zwischen den Völkern, noch zwischen den Mitgliedsstaaten der EU. Sie verlaufen zwischen Oben und Unten, zwischen arm und reich.

DIE LINKE hat in ihrer Regierungszeit viel für Brandenburg erreicht und dabei ein hohes soziales Augenmaß in der Haushalts- und Wirtschaftspolitik bewiesen, aber auch in der Justiz- und Umweltpolitik viel bewegt. Es war nicht immer einfach, dies mit dem Koalitionspartner zu verwirklichen. Wir haben uns mit unseren linken Vorstellungen eingebracht und mehr durchgesetzt, als erwartet wurde. Trotzdem blieben aus unterschiedlichen Gründen Wünsche und Erwartungen unerfüllt. Das bleibt unsere Herausforderung. Vieles, was wir im Land umsetzen könnten, wird durch die Politik der Bundesregierung blockiert.

DIE LINKE Brandenburg ist ein starker Landesverband. In der Wahl 2013 haben uns 311.000 Wählerinnen und Wähler mit einem Stimmanteil von 22,4% ihr Vertrauen ausgesprochen. Das ist unsere Orientierung für die Bundestagswahl 2017. Mit einem klaren sozial-ökologischen Profil kämpfen wir für neues Vertrauen, ausdrücklich auch bei Frauen. Wir wollen Nichtwählerinnen und Nichtwähler mobilisieren, ihr demokratisches Recht wahrzunehmen und gegen faschistische Parteien Widerstand zu leisten. Eine starke LINKE in Brandenburg trägt zu einer starken LINKEN im Bund bei. Wir können die Brandenburgerinnen und Brandenburger dazu motivieren: Ich wähle DIE LINKE.

3. Der Bundestagswahlkampf wird durch die Kommunal- und Landtagswahlen von März 2016 bis Mai 2017 eine Orientierung geben, wohin die politische Stimmung im Bund geht. Das gilt auch für Brandenburg. Erst danach wird der Schlussspurt eröffnet. Er findet in einer europäisch aufgeladenen Zeit statt. Aus heutiger Sicht wird 2017 die Deutsch-Französische Achse am Rande ihrer politischen Belastungsfähigkeit stehen. Angesichts der außenpolitischen Lage ist dies nicht trivial.

Inhaltlich wird der Wahlkampf vermutlich mit folgenden Fragen konfrontiert sein: Wie werden sich die Krisen in der EU und die Kriege in ihrer Nachbarschaft entwickeln? Wie geht es mit der »neuen« Rolle Deutschlands weiter? Wie wird das Verhältnis von EU und Nation gestaltet? Wie kann Souveränität der Bürgerinnen und Bürger in einer immer engeren Union erhalten und regionale Selbstbestimmung

gestaltet werden? Werden die Geflüchteten und ihre Familien in unserer Gesellschaft aufgenommen und ankommen? Wie geht es mit dem Euro weiter? In welchem Verhältnis stehen für uns Freiheit und Sicherheit? Worin liegen unsere kulturellen und sozialen Selbstverständlichkeiten? Wie kann verhindert werden, dass die Kosten von Krieg und Krise zu Lasten der Sozial- und Umweltpolitikgehen?? Wie gelingt die Energiewende sozial, ökologisch und demokratisch? Wer produziert zu welchen Bedingungen unsere Lebensmittel? Werden wir den Klimawandel mindern können und wie gehen wir mit den Folgen um? Werden Frauen in der Gesellschaft gestärkt und ihre Diskriminierung bekämpft? Kann die Bundesregierung die schwarze Null weiter ideologisieren? Wie können wir die Digitalisierung sozial gerecht gestalten? Wie geht es mit dem Freihandelsabkommen TTIP unter einer neuen US-Präsidentschaft weiter?

DIE LINKE wird sich in schwierigen Zeiten behaupten, wenn sie mutig, entschlossen und mit aufrechtem Gang für ihre politischen Standpunkte eintritt:

DIE LINKE hat sich durch die soziale Frage konstituiert und sie ökologisch erweitert. Sie kämpft gegen jede Diskriminierung von Frauen und für die Gleichstellung der Geschlechter. Sie ist als Lehre aus dem I. und dem II. Weltkrieg antimilitaristisch und eine Friedenspartei. 100 Jahre nach dem Beginn des ersten Weltkriegs ist Bertha von Suttner aktuell wie damals: Die Waffen nieder! DIE LINKE fordert einen Stopp sämtlicher Waffenexporte. DIE LINKE ist antifaschistisch. DIE LINKE hat als Lehre aus dem Scheitern der Weimarer Republik und dem Scheitern des Realsozialismus mit autoritären Systemen gebrochen. Sie verteidigt die parlamentarisch-repräsentative Demokratie, den Rechtsstaat und die Verfassung gegen Rechtsaußen und revisionistische Bestrebungen.. DIE LINKE entwickelt sie durch mehr Direkte Demokratie und Wirtschaftsdemokratie weiter. Das ist nur glaubwürdig, wenn DIE LINKE sich nirgendwo mit autoritärer und diktatorischer Herrschaft gemein macht. DIE LINKE kämpft gegen jede Form der Diskriminierung anderer Lebensentwürfe. Sie ist eine sozial-ökologische, emanzipative Partei. DIE LINKE tritt für eine europäische, internationale Lösung der Krisen ein, nicht für eine Deutsch-Hegemoniale. DIE LINKE vertritt konsequent die Werte der Aufklärung und die Trennung von Religion und Staat.

Die politische Ausgangssituation für den Wahlkampf 2017 hat sich grundlegend verändert gegenüber dem Wahlkampf 2013, der von einer Strategie der asymmetrischen Demobilisierung geprägt war. Die Kanzlerin hat der Opposition kaum Angriffsflächen geboten. Heute ist die Gesellschaft viel stärker polarisiert. Das kann für DIE LINKE mobilisierend wirken. Sie hat aus ihrem traditionellen Selbstverständnis immer die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Missständen und den Kräften dahinter gesucht und so eine asymmetrische Mobilisierung zu ihren Gunsten erreicht. Wir sind DIE LINKE. Wir kämpfen für soziale Gerechtigkeit. Für sozial-ökologischen, emanzipatorischen und demokratischen Fortschritt. Für Gleichstellung ebenso wie den respektvollen Umgang mit Unterschieden in einer offenen und pluralen Gesellschaft.

4. Die Vorbereitung des Bundestagswahlkampfs ist terminlich vielfach gesetzlich vorgegeben und durch den Bundeswahlleiter konkret festgelegt. Vieles wird durch den Bundesvorstand der Partei entschieden. Im Mai 2016 wird ein neuer Parteivorstand gewählt. Im Juli 2016 wird dieser einen Wahlkampfleiter berufen. Er wird zur Koordinierung ein Bundeswahlkampfbüro einrichten, in dem Brandenburg durch den Landeswahlkampfleiter bzw. seine Vertretung eingebunden sein wird. Nach der Landtagswahl in Berlin (18. September) wird der Parteivorstand eine Wahlkampfstrategie für die Bundestagswahl beschließen und den Auftrag zur Erarbeitung eines Bundestagswahlkampfprogramms

erteilen. Im Juni 2017 steht der Beschluss des Bundestagswahlkampfprogramms auf einem Parteitag an. Im August 2017 beginnt die abschließende Kampagnenphase.

Der Landesvorstand Brandenburg hat im Dezember 2015 einen formal-organisatorischen Zeitplan zur Vorbereitung der Bundestagswahl beschlossen und ein Landeswahlkampfbüro berufen. Die Kreisorganisationen der LINKEN sind aufgerufen, Wahlkampfleitende zu benennen. Auf dem Parteitag in Templin wird der neue Landesvorstand für die Wahlperiode bis 2018 gewählt, in dessen Verantwortung die Vorbereitung und Durchführung des Wahlkampfs liegen wird.

Ab dem 25. Juni 2016 sind die Vertreter_innenversammlungen zur Nominierung der Direktkandidierenden in den 10 Brandenburger Bundestagswahlkreisen möglich. Sie sollen in der Zeit vom 3. September bis zum 4. November durchgeführt werden. Am 5. November soll der neue Landesvorstand seine Empfehlung für die Listenbesetzung der LINKEN Brandenburg zur Bundestagswahl veröffentlichen. Am 19. November 2016 ist eine gemeinsame Sitzung von Landesvorstand und Landesausschuss vorgesehen, in der die Kandidierenden die Gelegenheit haben, sich vorzustellen und für ihre Wahl zu werben. Am 26. November 2016 findet die Versammlung zur Wahl der Landesliste der LINKEN Brandenburg zur Bundestagswahl 2017 statt. Zehn Monate vor der Wahl schließt DIE LINKE. Brandenburg ihre personelle Aufstellung ab.

Im Februar 2017 wird eine Aktivenkonferenz zur Kampagnenvorbereitung für die Wahl stattfinden. Zwischen Mai und Juni 2017 soll ein Mobilisierungsparteitag für den Bundestagswahlkampf durchgeführt werden. Im Juni soll der Landesvorstand über die besonderen Landesmaterialien der LINKEN. Brandenburg zur Bundestagswahl entscheiden. Im Juni und Juli stehen die Produktion der Materialien und deren Verteilung in die Kreise an. Im August 2017 wird in allen Ländern und im Bund gleichzeitig die heiße Wahlkampfphase eröffnet.

Jede Stimme zählt.